

Chaos bei der diesjährigen “State of the Nation” Ansprache

Wer am 12. Februar 2015 die jährliche „*State of the Nation Ansprache*“ (SoNA) des südafrikanischen Präsidenten Jacob Zuma im Fernsehen verfolgte, bekam ein skurriles und frustrierendes Schauspiel zu sehen. Die Staatsrede, die der südafrikanische Präsident am Anfang jeden neuen Jahres vor dem Parlament hält, um rückblickend auf die politischen, sozialen und ökonomischen Entwicklungen des Jahres einzugehen, und gleichzeitig das Programm seiner Regierung für das kommende Jahr vorzustellen, endete an diesem 12. Februar im Chaos. Parlamentsabgeordnete der Economic Freedom Fighters (EFF) machten ihre Androhung wahr, und unterbrachen Staatspräsident Zuma mehrfach mit der Forderung, den Steuerzahlern das Geld für die baulichen Veränderungen seiner privaten Nkandla Residenz zurückzuzahlen. Ein Störsender blockierte zudem alle Kommunikationssignale im Parlament und machte eine vollständige Live-Übertragung der Geschehnisse unmöglich. Zivile Sicherheitsbeamte eskortierten die EFF Unruhestifter unter Gewaltanwendung aus dem Parlament, woraufhin alle Abgeordneten der Democratic Alliance (DA) mit Protest ebenfalls das Parlament verließen.

Die Nkandla Affäre

Ende 2011 wurde bekannt, dass in Zuma’s privater Nkandla Residenz in KwaZulu-Natal umfangreiche Renovierungsarbeiten durchgeführt wurden, die die ANC Regierung als notwendige „Sicherheitsaufrüstungen“ für den Präsidenten und seine große Familie deklarierte. Jeder südafrikanische Präsident, Vize Präsident, oder deren Büro kann vom Staat „angemessene Sicherheitsaufrüstungen“ beantragen. Zu Beginn mit 10 Millionen Rand veranschlagt, bereits auf 65 Millionen Rand geschätzt als die Presse Berichterstattung aufnahm, betrugen die Kosten für die Renovierung der Nkandla Residenz letztendlich 246 Millionen Rand, also 236 Millionen Rand mehr als ursprünglich eingeplant. Die Renovierungsarbeiten wurden unter Aufsicht und Anweisung von Zuma’s persönlichem Architekt Minenhle Makhanya durchgeführt, welcher durch extravagante Baupläne die Baukosten in die Höhe trieb. Nach heftiger Kritik von Oppositionsparteien und der Zivilgesellschaft wurde die Verfassungsschutzbeauftragte Thuli Madonsela, die als unabhängige Instanz für die Aufklärung von Korruptionsvorwürfen gegen staatliche Institutionen verantwortlich ist, beauftragt, die Nkandla Affäre zu untersuchen. Im November 2013 versuchten einflussreiche ANC Kabinettsmitglieder, unter anderem Justizminister Jeff Radebe, Staatssicherheitsminister Siyabonga Cwele und Polizeiminister Nathi

Mthethwa die Veröffentlichung des Untersuchungsberichtes von Madonsela zu verhindern. Die Begründung: Bedenken zur „nationalen Sicherheit“. Ein interner ANC Ministerausschuss unter Vorsitz von Thulas Nxesi, dem zuständigen Minister für die Vergabe öffentlicher Aufträge, veröffentlichte daraufhin einen eigenen Untersuchungsbericht, welcher Zuma von jeglicher Mitschuld an der Kostenexplosion freisprach. Die Sicherheitsaufrüstungen werden in diesem Bericht als nötig und legitim beschrieben, und Zuma, so das Kernargument, habe die Sicherheitsaufrüstungen ja nicht selbst beantragt, und könne demnach auch nicht persönlich zur Rechenschaft gezogen werden. Im März 2014 präsentierte Madonsela ihren Untersuchungsbericht erstmals der Öffentlichkeit, der zu dem Ergebnis kommt, dass Zuma übermäßig von den Renovierungsarbeiten persönlich profitiere. Dem Bericht zufolge werde Zuma und seine in Nkandla ansässige Familie noch lange Jahre von den baulichen Veränderungen profitieren, auch dann noch, wenn Zuma längst kein Präsident mehr ist. Infolgedessen, so das Fazit des Berichts, solle Zuma einen Anteil des für den Umbau seiner privaten Residenz verbrauchten südafrikanischen Steuergeldes zurückzahlen. Der Bericht kommt weiter zu dem Ergebnis, dass verschiedene Baustrukturen des insgesamt 246 Millionen teuren Projektes nicht in die Kategorie „Sicherheit“ fallen. So z.B. ein Amphitheater, ein Wasserreservoir, das auf den Plänen als Brandschutzmaßnahme deklariert ist, welches jedoch auch als Schwimmbad benutzt werden kann, ein Besucherzentrum sowie ein Kiosk. Präsident Zuma hat die Anschuldigungen seitdem abgewiesen und besagte Abgeordnete in einer Stellungnahme vor dem Parlament am 11. März 2015 darauf hingewiesen, dass es bislang keine Anordnungen von Thuli Madonsela oder des neuen Polizeiministers Nathi Nhleko gäbe, wonach er eine bestimmte Summe an den Staat zurückzahlen müsse.

Pressefreiheit in Gefahr

Tage vor der SoNA Ansprache berichtete die Presse, dass das Sicherheitspersonal des Parlaments aufgrund der angekündigten Protestaktionen der EFF exzessiv in einem tagelangen Trainingscamp von einer Polizeiabteilung für öffentliche Ordnung auf die Staatsansprache vorbereitet wurde. Die Presse und einzelne Abgeordnete beschwerten sich kurz vor Beginn der Ansprache über einen Ausfall des Mobiltelefon Signals. Ein Störsender blockierte demnach alle Kommunikationssignale im Parlament, was u.a. zu einer unvollständigen Fernseh-Übertragung führte. Das nationale Presse-Forum hat vor Gericht Klage eingereicht, da ein solches Vorgehen

die in der Verfassung verankerte Pressefreiheit einschränkt. Besonders problematisch wird gesehen, dass die Anweisung zur Installierung eines Störsenders vom staatlichen Geheimdienst, und damit in letzter Instanz von der ANC-Regierung stammt. Vize-Präsident Cyril Ramaphosa hat sich seit dem Vorfall aufgrund des laufenden Gerichtsverfahrens geweigert, die Geschehnisse bezüglich des Störsenders weiter zu kommentieren.

Protest im Parlament

Die #Paybackthemoney Kampagne, welche die EFF bereits im August 2014 begonnen hatte, wobei Abgeordnete der Partei den Präsidenten bei einer Nkandla-verbundenen Fragerunde im Parlament mit der Forderung nach Rückerstattung der verbrauchten Steuergelder konfrontierten, erreichte bei der SoNA einen unrühmlichen Höhepunkt. Einzelne EFF-Abgeordnete unterbrachen den Präsidenten aufgrund einer parlamentarischen Verfahrensklausel¹, und forderten ihn erneut zur Rückzahlung der Steuergelder auf. Nachdem Baleka Mbete, Sprecherin des Parlaments, mehrfach zur Ordnung rief, erschien ziviles und bewaffnetes Sicherheitspersonal und eskortierte alle EFF-Abgeordneten unter Gewaltanwendung aus dem Parlament. Aufgrund des Störsenders wurden diese Szenen nur teilweise an die Öffentlichkeit übertragen. Die Democratic Alliance (DA), stärkste Oppositionspartei, verließ daraufhin unter Protest das Parlament nachdem Thandi Modise, Vorsitzende der ‚National Council of Provinces‘ zugab, dass Polizeikräfte mit dem parlamentarischen Sicherheitspersonal zusammenarbeiteten, und sie nicht wüsste, welche der zivilen Sicherheitskräfte Polizisten gewesen seien.

Eine juristische Grauzone

Unter zwei Umständen dürfen Sicherheitskräfte im südafrikanischen Parlament eingreifen: Paragraph 11 des „*Powers, Privileges and Immunities of Parliaments and Provincial Legislatures Act*“ erlaubt dem Sprecher des Parlaments jede Person, die eine Störung verursacht von parlamentarischen ‚Sicherheitskräften‘ verhaften zu lassen und aus dem Parlament zu entfernen. Sicherheitskräfte können anhand von Paragraph 4, Absatz 2 dieses Gesetzbeschlusses auch ohne Erlaubnis eingreifen, falls eine Person unmittelbar in Gefahr ist oder Eigentum

¹ Im südafrikanischen Parlament kann jeder Abgeordnete den Sprecher mithilfe einer Verfahrensklausel unterbrechen, um das Verfahren des Parlaments oder unparlamentarische Elemente der Ansprache zur Aufmerksamkeit zu bringen. Die Klausel darf jedoch nicht dazu verwendet werden, um den Sprecher lediglich zu unterbrechen, oder um den Inhalt seiner Ansprache zu kritisieren.

beschädigt wird. Die Maßnahme muss dem Parlamentssprecher und Vorsitzenden danach schnellstmöglich mitgeteilt werden. Diese Sicherheitskräfte sind in Paragraph 199 der Verfassung als „Verteidigungsstreitkraft, Polizei, und Geheimdienst definiert, jedoch waren die beteiligten Personen zivil und daher nicht identifizierbar.

Das Gesetz ist problematisch, da es Paragraph 58, Absatz b der südafrikanischen Verfassung widerspricht. Laut dieser, dürfen parlamentarische Minister für ihre Äußerungen im Parlament weder verhaftet noch inhaftiert werden. Mit einer Klage vor dem obersten Gerichtshof der Westkap-Provinz will die Oppositionspartei der Democratic Alliance (DA) nun erwirken, dass der widersprüchliche Paragraph 11 des „*Powers, Privileges and Immunities of Parliaments and Provincial Legislatures Act*“ schnellstmöglichst abgeschafft wird.

Autor: Daniel Feldman

Referenzen

<http://mg.co.za/data/2014-03-18-zumas-nkandla-a-timeline>

<http://www.citypress.co.za/politics/10-things-worth-knowing-madonselas-nkandla-report/>

<http://mg.co.za/article/2015-02-14-media-houses-to-go-to-court-over-signal-jamming>

<http://mg.co.za/article/2015-02-13-an-eyewitness-account-of-sona-2015>

<http://www.timeslive.co.za/politics/2015/03/04/sub-judice-hot-topic-in-parliament-meetings>

<http://mg.co.za/article/2015-02-18-state-security-sona-signal-jamming-an-operational-error>

<http://mg.co.za/article/2015-03-11-no-laughing-matter-zuma-fights-back-in-parliament>

<http://www.gov.za/documents/powers-privileges-and-immunities-parliaments-and-provincial-legislatures-act>

<http://www.timeslive.co.za/politics/2015/02/08/security-staff-beef-up-as-parliament-prepares-for-zuma1>

„Secure in Comfort“ Report:

<http://cdn.24.co.za/files/Cms/General/d/2718/00b91b2841d64510b9c99ef9b9faa597.pdf>